



Liebe Mitglieder des OV SPD Walldorf,

weil die Zeit drängt anbei eine Zusammenfassung des Koalitionsvertrages zu Eurer Information und zur Vorbereitung der Abstimmung. Es ist ein Auszug aus dem 93 Seiten starken Vertrag und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wer alles lesen möchte: www.spd-walldorf.de Ihr könnt Eure Wahlunterlagen (als Briefwahl mit Wahlschein und Wahlkarte getrennt) am Montag den 2.5 zwischen 17:00 und 19:00 Uhr bei Roland Portner in der Nusslocher Straße 38 abgeben oder einen der Vorstände anrufen – wir holen die Wahlunterlagen auch bei euch ab und beantworten gern Fragen oder nehmen Anregungen mit.

Vorstand OV SPD Walldorf

Aus: Der Wechsel beginnt; Koalitionsvertrag Bündnis 90 die Grünen / SPD, 2011 bis 2016 BW

Präambel

Unsere Regierungsarbeit wird sich an fünf Leitlinien orientieren:

- ***Wir wollen die individuelle Freiheit in einer solidarischen Gesellschaft fördern;***
- ***Wir wollen die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs sichern;***
- ***Wir wollen das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen verwirklichen;***
- ***Wir wollen soziale Sicherheit und Teilhabe für alle ermöglichen;***
- ***Wir wollen Baden-Württemberg zum Musterland demokratischer Beteiligung machen.***

Mit neuer Sachlichkeit und einer verlässlichen und handwerklich soliden Politik wollen wir neues

Vertrauen in die demokratischen Institutionen in unserem Land schaffen. Diese Koalition übernimmt hier und heute Verantwortung - mit vier zentralen Aufgaben:

- ***Die Schaffung bester Bildungschancen für alle;***
- ***Die ökologische und soziale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft;***
- ***Die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts;***
- ***Mehr Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen.***

Ausschnitte aus dem Aufgabenspektrum:

Bessere Bildung für alle

Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern

Mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir zu Vereinbarungen kommen über

- den dringend notwendigen Ausbau der Kleinkindbetreuung,
- Umsetzung des Orientierungsplans mit integriertem Sprachförderprogramm Kindergärten,
- die Schulsozialarbeit und
- das Mittagessen an Ganztagschulen.

Rechtsanspruch auf Betreuung der Kleinsten



Den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren ab August 2013 wollen wir ohne Wenn und Aber umsetzen.

Orientierungsplan verbindlich einführen und Qualität verbessern

Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Angebote weiter verbessern, den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern und für den Kleinkindbereich weiterentwickeln.

Den Bildungsaufbruch wollen wir voranbringen, mit

- einem Ganztags schulprogramm, das diesen Namen auch verdient;
- einem Innovationspool für Gemeinschaftsschulen, an denen länger gemeinsam gelernt wird;
- einer sonderpädagogischen Förderung von Kindern mit Behinderung in der Regelschule;
- einem Sonderprogramm gegen den Unterrichtsausfall.

Vor Ort und gemeinsam: Gemeinschaftsschulen ermöglichen

Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen. Sie schafft mehr Chancengleichheit, gewährleistet mit einer guten Ressourcenausstattung die bestmögliche individuelle Förderung und sichert insbesondere in ländlichen Räumen wohnortnahe Schulstandorte mit einem breiten Angebot an Schulabschlüssen. Wir werden die Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz verankern und den Kommunen ermöglichen, Gemeinschaftsschulen verlässlich einzurichten, wenn sie dies wollen.

Bildungsziele Demokratie und nachhaltige Entwicklung

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ soll im Leitbild aller Bildungseinrichtungen und in der Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen verankert werden. Es geht um Umweltbildung, die Vermittlung von Werten wie Gerechtigkeit, Fairness, Toleranz, um die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie um Armutsbekämpfung. Ebenso wichtig ist der Ausbau der politischen Bildung, u. a. mit Projekten gegen Rechtsextremismus und Projekten zur Friedenserziehung.

Ökologische u. soziale Modernisierung bringen wirtschaftliche Dynamik

Zwei Drittel der Exporte aus Baden-Württemberg gehen in die Länder der EU und in die Schweiz. Daher werden wir uns insbesondere auf europäischer Ebene für umwelt- und klimaschonende Rahmenbedingungen stark machen. Dann sind unsere baden-württembergischen Technologieführer in der Lage, durch frühzeitige Erfüllung auch ambitionierte Auflagen als Wettbewerbsvorteil zu nutzen.

Wirtschaftspolitik auf die Zukunftsfelder ausrichten

Unsere Wirtschaftspolitik werden wir auf die vier Wachstumsfelder „nachhaltige Mobilität“, „Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Green IT und intelligente Produkte“ ausrichten.

z.B. Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz

Ressourceneffizienz ist für uns ein Leitmotiv politischen Handelns - aus ökologischer und ökonomischer Sicht ist die intelligentere Nutzung knapper Rohstoffe und Energieträger geboten. Für Baden-Württemberg werden wir unsere Spitzenposition auf den globalen Wachstumsmärkten Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz stärken und weiter auszubauen. Dies gilt auch für die Leichtbauweise. Die Erneuerbaren Energien, verbunden Technologien zur Energieeffizienz, stoßen weltweit auf enorme



Nachfrage. Wir werden u.a. ein Förderprogramm für Existenzgründungen sowie für Investitionen in die Umsetzung von energie-, rohstoff- und materialeffiziente Produktionsverfahren auflegen, eine zentrale Anlaufstelle für Energie- und Ressourceneffizienz einrichten und auf das in Gründung befindliche Technologie- und Innovationszentrum „Ressourceneffizienz“ aufbauen.

Baden-Württemberg zum Musterland Guter Arbeit machen

Baden-Württemberg ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa. Diese Stärke wollen wir auch für die Menschen im Land nutzen - Baden-Württemberg soll Musterland für Gute Arbeit werden. Eine soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft braucht die Akzeptanz, Motivation aller Beschäftigten. Wer qualifizierte und motivierte Fachkräfte will, muss gute Arbeitsbedingungen schaffen. Wir wollen gerecht entlohnte Arbeit, mit Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen, mit Anerkennung, die nicht krank macht, erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet. Gute Arbeit achtet die Würde der Beschäftigten und Mindestlöhne sorgen für fairen Wettbewerb.

Nachhaltige Mobilität in einem modernen Wirtschaftsstandort

Neben dem klimafreundlichen Schienenverkehr wird der Straßenverkehr auch künftig große Bedeutung haben. Die Politik muss dafür sorgen, dass er umweltfreundlich, sozialverträglich sowie ressourcen- und klimaschonend wird. Verbrauchsminderung, neue Antriebstechniken und regenerative Energieformen sind der Schlüssel für zukunftsfähige Mobilität. Der Elektrifizierung der Mobilität (PKW, Roller, E-Bike, O-Bus, Straßenbahn) kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Wir betrachten dies aus wirtschaftlichen wie ökologischen Gründen als ein zentrales Zukunftsprojekt für Baden-Württemberg. Ein zukunftsfähiger Industrie- und Dienstleistungsstandort, in dem die Fahrzeugindustrie eine überragende Bedeutung einnimmt, benötigt Sicherung und Ergänzung der hochwertigen Verkehrsinfrastruktur. Doch das zunehmende Mobilitätsbedürfnis der Menschen kann nicht durch eine weitere Steigerung des motorisierten Individualverkehrs abgedeckt werden. Um eine flächendeckende Mobilität zu gewährleisten, wollen wir Busse und Bahnen im ganzen Land stärken. Grundsätzliche Überlegungen, inwiefern eine Reduzierung der Mobilitätswänge durch veränderte Siedlungs- und Arbeitsplatzstrukturen sowie durch verändertes Freizeitverhalten möglich ist, wollen wir vertiefen.

Kommunale Verkehrskonzepte unterstützen

Wir werden Anstrengungen der Kommunen für eine nachhaltige Verkehrspolitik unterstützen. Das gilt insbesondere für das Konzept der Stadt der kurzen Wege. Unser Ziel ist eine Verringerung des motorisierten Individualverkehrs durch eine zielgerichtete Landes- und Regionalplanung.

Stuttgart 21

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 spaltet unser Land. Auch beide Koalitionsparteien vertreten unterschiedliche Meinungen - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Stuttgart 21 ab, die SPD will es realisieren. Die neue Landesregierung steht trotz des Dissenses über Stuttgart 21 zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Beide Parteien sind sich einig im Bestreben, den Streit um Stuttgart 21 zu befrieden und die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden - mit einer Volksabstimmung - die Bürgerinnen und Bürger sollen entscheiden.

Wir erwarten von der Deutschen Bahn AG, den Bau- und Vergabestopp zu verlängern und auch danach keine neuen Tatsachen zu schaffen, die Ergebnisse einer Volksabstimmung konterkarieren. Die Landesregierung wird für Transparenz über Prämissen und Ergebnisse des Stresstests sorgen. Nach Abschluss des Stresstests und der Bewertung der Ergebnisse wird eine aktualisierte Kostenrechnung von der Deutschen Bahn AG eingeholt und von der



Landesregierung geprüft. Überschreiten die Kosten des Projektes Stuttgart 21, einschließlich der Kosten für Stresstest und Schlichterspruch (inkl. Gäubahn, sofern diese infolge des Stresstests und/oder des Notfallkonzepts notwendig ist) den vereinbarten Kostendeckel von 4,5 Mrd. Euro, so beteiligt sich das Land an den Mehrkosten nicht. Dies gilt auch für später auftretender Kostensteigerungen über die bislang vereinbarten Beträge hinaus. Sofern der Bauträger nach dem Stresstest und der neuen Kostenrechnung noch an der Realisierung von Stuttgart 21 festhält, wird die Landesregierung bis Mitte Oktober 2011 eine Volksabstimmung über Stuttgart 21 durchführen. Inhalt der Volksabstimmung ist ein Gesetz über die einseitige Kündigung der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen des Landes Baden-Württemberg (Ausstiegsgesetz). Bestandteil des zur Abstimmung gestellten Gesetzesentwurfs ist auch, welche Kosten auf das Land im Falle eines solchen Ausstiegs zukommen. Ziel ist es, zu einem abschließenden und befriedenden Urteil über Stuttgart 21 zu gelangen. Grüne und SPD werden einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Verfassung mit dem Ziel einer deutlichen Senkung der Quoren bei Volksabstimmungen in den Landtag einbringen. Die Volksabstimmung wird nach Art. 60 der Landesverfassung durchgeführt.

Ökologische und soziale Modernisierung zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

Atomkraft – Nein danke

Unser Ziel ist die Beendigung der Atomenergie. Die Kernkraftwerke Neckarwestheim I und Philippsburg I wollen wir dauerhaft stilllegen. Das Land fordert den Bund auf, die Laufzeitverlängerung zurück zu nehmen und ein Gesetz für einen beschleunigten Atomausstieg zu verabschieden. Es wird verabredet, für die Kernkraftwerke im Land Sicherheitsanalysen auf der Basis des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik durchzuführen. Die Ergebnisse sind Grundlage für die Widerrufung von Genehmigungen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der auf europäischer Ebene für die Kernkraftwerke vorgesehene „Stresstest“ im Hinblick auf die grenznahen Kernkraftwerke in Frankreich und in der Schweiz die entwickelten sicherheitstechnischen Maßstäbe berücksichtigt.

Es ist erforderlich, dass für die hoch radioaktiven Abfälle baldmöglichst ein geeignetes Endlager zur Verfügung steht. Wir treten für ein ergebnisoffenes, bundesweites Suchverfahren ein. Eignungskriterien und das Verfahren sind auf Bundesebene festzulegen. Die im Umkreis der kerntechnischen Anlagen vorhandenen Notfallpläne werden unter Einbeziehung der in Fukushima gewonnenen Erkenntnisse grundlegend überprüft, angepasst und ergänzt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Schweiz die Interessen/Beteiligungsrechte der deutschen Grenzregion am Planungsprozess ihres atomaren Tiefenlagers gewährleistet.

Die Energiewende schaffen

Wir haben die Absicht, innerhalb von Baden-Württemberg einen großen Teil der in diesem Jahrzehnt weg fallenden Kraftwerksleistung auf der Basis erneuerbarer Energien und flexibler Erdgaskraftwerke (vorrangig als KWK-Anlagen) zu ersetzen. Innerhalb der aktuellen Energierechtsnovelle sollen so genannte „Kapazitätsmärkte“ geschaffen werden, die die erforderlichen finanziellen Anreize für die beschleunigte Errichtung schaffen. Für den erfolgreichen Erneuerungsprozess sind breit akzeptierte und ökologisch verträgliche Standorte zu entwickeln. Außer den im Bau befindlichen Kohlekraftwerken wollen wir keine weiteren Kohlekraftwerke in Baden-Württemberg errichten. Umweltschutz sehen wir als Querschnittsaufgabe. Hierzu gehört es, Kreislaufwirtschaft zu entwickeln und den Ressourcenverbrauch einzudämmen.



Für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft

Kinderschutz verbessern

Zu viele Kinder in Baden-Württemberg werden Opfer von Vernachlässigung und Gewalt – darunter auch sexueller Gewalt. Um familiäre Krisen zu erkennen bzw. zu vermeiden, müssen die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote besser vernetzt und abgesichert werden, um Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.

Kinderarmut bekämpfen und verhindern

Auch in Baden-Württemberg leben viele Kinder in Armut. Es gilt, die Ursachen für Kinderarmut zu bekämpfen und gleichzeitig Kinder für ihr späteres Leben stark zu machen. In Baden-Württemberg werden wir eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung einführen mit einem besonderen Fokus auf das Thema Kinderarmut. Dieser Bericht wird konkrete Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut geben.

Gute Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg – auch in Zukunft

Unser Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung für **alle** Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg - unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft oder Geschlecht. Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitswesen. Im Zentrum der Neugestaltung der Gesundheitsversorgung steht die bessere Verzahnung zwischen ambulanten und stationären Angeboten im Sinne einer integrierten Versorgung mit passgenauen Lösungen für die jeweilige Region.

Qualifizierte Pflege ausbauen – Pflegestrukturen verbessern

Ältere Menschen wollen so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld leben. Wir wollen daher

wohnortnahe Strukturen und Dienste schaffen, die diesen Wunsch unterstützen. In Baden-Württemberg gibt es in der ambulanten Pflege noch einen großen Nachholbedarf.

Wohnen, ein elementares Grundbedürfnis

In der Bevölkerung sind Barrierefreiheit und generationsübergreifende Wohnformen gefragt. Der Klimawandel und die steigenden Energiepreise machen die energetische Sanierung des Gebäudebestands und hohe Energiestandards im Neubau zu einer großen sozialen und ökologischen Aufgabe. Unter den schwarz-gelben Vorgängerregierungen fristete die Wohnungspolitik ein Schattendasein - mit gravierenden Folgen für den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg. Insbesondere in den Ballungsräumen und den Groß- und Hochschulstädten gibt es wenige angemessene und bezahlbare Mietwohnungen, was zu sozialen Problemen geführt hat und den Fachkräftemangel verschärft. Wir werden die Bau- und Wohnungspolitik wieder stärker in den Fokus rücken, die Kommunen bei ihren Aufgaben unterstützen und Anreize für die energetische Gebäudesanierung schaffen.

Nachhaltiges Haushalten

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Um unser Land voranzubringen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat mit solider Haushaltsführung auf Basis von verlässlichen und ausreichenden Einnahmen. Wir wollen, dass auch unsere Kinder und



Enkel noch Möglichkeiten zur politischen Gestaltung haben. Mit einer nachhaltigen Finanzpolitik werden wir dafür die Grundlage schaffen.

Kassensturz - Nachhaltiger Finanzrahmen – Schuldenbremse einhalten

In der Haushaltspolitik des Landes werden wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes, d.h. die strukturelle Nullverschuldung des Landeshaushalts erreichen und danach einhalten. Um die Haushaltssteuerung darauf auszurichten, bedarf es eines „Finanzplan 2020“, mit dem wir einen für alle Ressorts verbindliche Orientierungsplanung einführen, um die strukturelle Nullverschuldung nachhaltig zu erreichen.

Steuergerechtigkeit

Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Zur Steuergerechtigkeit gehört, dass der Staat die Steuereinnahmen, die ihm nach Recht und Gesetz zustehen, von allen Steuerpflichtigen tatsächlich erhält. Bei den Selbstanzeigen nach der Steuer-CD-Affäre war Baden-Württemberg traurige „Spitze“ unter allen Bundesländern.

Strategische Haushaltssteuerung

Ein effektiver und gleichzeitig sparsamer Staat lässt sich künftig nur durch strukturelle, auch ressortübergreifende Reformen des Regierens und Verwaltens erreichen. Dies gilt zum Beispiel für die Organisation der Elektronischen Datenverarbeitung oder beim Controlling von Förderprogrammen. Der Einsatz stärker strategisch ausgerichteter Instrumente ist erforderlich.

Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer

Ein wichtiger Faktor bei der Stabilisierung und Stärkung der kommunalen Einnahmeseite ist der Erhalt und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Wir wenden uns deshalb gegen Bestrebungen auf Bundesebene, die Gewerbesteuer abzuschaffen oder auszuhöhlen.

Keine Privatisierung der LBBW

Eine Privatisierung oder eine Änderung der Eigentümerstruktur der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) lehnen wir ab.

Baden-Württemberg in guter Verfassung

Mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie machen

Wir werden die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Volksinitiative auf Landesebene schaffen. Im Weiteren sollen die Hürden beim Volksbegehren deutlich abgebaut werden. Wir werden das Unterschriftenquorum absenken, die Eintragsfrist verlängern und die Sammlung von Unterschriften auch außerhalb von Rathäusern zulassen. Bei Volksabstimmungen über die Änderung von Gesetzen soll das Zustimmungsquorum entfallen und bei der Änderung der Landesverfassung soll es abgesenkt werden.

Mehr Demokratie in den Kommunen

Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sollen der Themenkatalog erweitert, die Frist verlängert und die Quoren abgesenkt werden. Auch auf Landkreisebene werden wir diese Verfahren einführen, ebenso die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte.

Wir wollen, dass die jungen Menschen in Baden-Württemberg positive Erfahrungen mit den demokratischen Mitwirkungsrechten machen. Deshalb befürworten wir, dass die Jugendgemeinderäte ein verbindliches Antrags- und Rederecht im Gemeinderat erhalten und sich finanziell selbst verwalten. Bereits im Alter von 16 Jahren soll bei den Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht ausgeübt werden können. Stärker einbinden wollen



wir auch die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten.

Sicherheit und Freiheit schützen

Die Wertorientierungen des Grundgesetzes bilden die Grundpfeiler des Zusammenlebens in unserem Land. Sicherheit und Schutz vor Kriminalität sind eine Voraussetzung für Freiheit. Nur in einem sicheren Land können sich die Bürgerinnen und Bürger frei bewegen und ihre Freiheitsrechte nutzen.

Weltoffenes Baden-Württemberg

Chancen durch aktive Integrationspolitik

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Viele leben und arbeiten seit Jahrzehnten und in nunmehr vierter Generation in unserem Land. Ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beitrag zum Wohlstand verdient unsere Achtung und Anerkennung.

Europa mitgestalten

Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung gehören auch auf europäischer Ebene zusammen. Wir stehen für eine Europäische Union, die Klima und Umwelt schützt und ihrer weltweiten Vorreiterrolle auch gerecht wird. Wir wollen Europa sozialer machen. Wir treten ein für soziale Mindeststandards, faire Löhne, den umfassenden Schutz vor Diskriminierung, einen guten Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Initiative zur Revision des EURATOM-Vertrags

Wir setzen uns ein für die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) innerhalb des EU-Rahmens. Die Revision des EURATOM-Vertrags wollen wir auf den Weg bringen. Denn die Mittel innerhalb seines Forschungsprogramms sind zwischen nuklearem und nicht-nuklearem (v.a. erneuerbare Energien) Bereich extrem einseitig zu Gunsten der Atomkraft aufgeteilt.

Medienstandort fit machen – fortschrittliche Netzpolitik Medienkompetenz stärken

Wir wollen Baden-Württemberg fit machen für das digitale Zeitalter. Wir wollen die Spaltung unserer Gesellschaft auch in der digitalen Welt überwinden. Entsprechend hoher Stellenwert kommt der Vermittlung von Medienkompetenzen zu. Wir unterstützen Projekte, die Eltern, Erzieher, Lehrer, Kinder und Jugendliche im Umgang mit Medien und dem Internet stärken.

Breitbandinfrastruktur zügig aufbauen – Netzneutralität gewährleisten

Zugang zum Internet ist wichtig in gesellschaftlicher, demokratischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Wir benötigen eine Konzeption für den Ausbau des Breitband-Internets. Wir wollen Breitbandzugang zur Datenversorgung möglichst bald als Bestandteil der Daseinsvorsorge etablieren.

Allgemeine Vereinbarungen

1. Die Koalitionspartner legen das **Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat** fest. Sie orientieren sich dabei an den Interessen des Landes und an Inhalt und Geist der



Koalitionsvereinbarung. Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

2. Die Koalitionsparteien stimmen überein im Landtag und in seinen Ausschüssen **nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen**. Ausgenommen sind alle Angelegenheiten, die das Abgeordnetenrecht betreffen. Die Gewissensentscheidung der bzw. des einzelnen Abgeordneten bleibt unberührt. Die Fraktionen bringen Gesetzentwürfe gemeinsam ein. Zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit findet zwischen beiden Fraktionen ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt.

3. Die Koalitionspartner bilden einen **Koalitionsausschuss**; Vorsitz hat der Ministerpräsident. Der Koalitionsausschuss berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die abgestimmt werden müssen. Er tritt auf Antrag eines Koalitionspartners zusammen.

4. Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende **Struktur der Landesregierung**:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt den Ministerpräsidenten, die Leitung folgender Ministerien:

Staatsministerium, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Ministerium für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Staatssekretärsfunktion mit Kabinettsrang

Die **SPD** stellt den stellvertretende Ministerpräsidenten und die Leitung folgender Ministerien:

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, zugleich Bevollmächtigter beim Bund, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Innenministerium, Justizministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Integration